

**34
78****Union in
Deutschland**

Bonn, den 12. Oktober 1978

**Hessen: Weiter
stärkste Partei**

Die CDU hat bei den hessischen Landtagswahlen am 8. Oktober ihre Stellung als stärkste Partei behauptet und gegenüber 1974 weitere 50 000 Stimmen hinzugewonnen. Vor dem Bundesvorstand hat Helmut Kohl den Parteifreunden und Wählern für dieses Vertrauen gedankt und vor allem auch den Dank und den Respekt der Gesamtpartei zur Leistung von Alfred Dregger zum Ausdruck gebracht.

Die Christlich Demokratische Union hat in Hessen großartig gekämpft, betonte der Parteivorsitzende. Ich selbst kann aus der Erfahrung von 35 Kundgebungen und aus den Erfahrungen vieler vergleichbarer Landtagswahlkämpfe nur sagen, das war eine Freude zu sehen, wie unsere Mitglieder, wie die Mandatsträger engagiert um jede Stimme gerungen haben.

Wir haben unser Wahlziel in Hessen nicht erreicht. Insofern sind wir natürlich nicht zufrieden mit dem Wahlergebnis. Wer die soziologische Struktur, auch die landsmannschaftliche Struktur Hessens kennt, weiß indessen, daß Hessen nicht von Hause aus ein sogenanntes CDU-Land ist. Und es gab nicht wenige Kommentatoren, die vor vier Jahren, als die CDU in Hessen zum erstenmal stärkste Partei wurde, die Behauptung aufstellten, dies sei ein Zufallsergebnis. Weiter auf Seite 2

BONN/MOSKAU

Deshalb warnen wir vor faulen Kompromissen

Seite 5

PRESSE

Aufgeblähter Etat des Bundespresseamtes ist heimliche Wahlkampfkasse

Seite 7

EXTREMISTEN

Verfassungsfeinde gehören nicht in den öffentlichen Dienst

Seite 11

BAUEN

Bürokratische Hemmnisse müssen beseitigt werden

Seite 13

ZUR SACHE

Das bleibt von der Steuer-senkung übrig

Seite 15

Ud-Extra

Gesamt- und Einzelergebnisse der Wahlen zum hessischen Landtag

gelber Teil

ÖA

Neue Werbemittel und Informationsmaterial

rosa Teil

DOKUMENTATION

Wahlfreiheit sichern — Partnerschaft verwirklichen

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Es ist der ausgezeichneten Arbeit unserer hessischen Partei, nicht zuletzt auch auf der Gemeinde- und Kommunalbasis, zu verdanken, daß diese führende Position am vergangenen Sonntag wieder erreicht wurde, das heißt, daß sich unsere Wählerschaft stabilisiert hat.

Der Bundesvorstand hat eine Reihe von besonderen Analysen in Auftrag gegeben, insbesondere was das Verhalten der Jungwähler und der Frauen, aber auch die Wählerwanderung zwischen SPD/FDP und CDU betrifft. Es bestand die übereinstimmende Meinung, daß der 8. Oktober für die Union ein wichtiger Tag war, eine wichtige Station, aber daß jetzt weitere sehr wichtige Stationen für die Partei zu bewältigen sind: Zunächst einmal für unsere Freunde in der CSU die Wahl am 15. Oktober in Bayern, wo die CDU ein großartiges Abschneiden erwartet. Dann finden im März 1979 sehr wichtige Wahlen in Berlin und in Rheinland-Pfalz statt und schließlich Ende April die Wahl in Schleswig-Holstein.

Diese fünf Landtagswahlen — mit der Wahl am vergangenen Sonntag — sind mitentscheidend für die politische Entwicklung in den nächsten zwei Jahren und auch im Blick auf die Bundestagswahl 1980, hob Helmut Kohl hervor. In diesen Wahlen wird sehr stark auch die Entwicklung der parteipolitischen Landschaft mitgeprägt. Wir gehen davon aus, daß nach der hessischen Wahl die SPD/FDP-Koalition so weiterarbeitet wie bisher und es das Signum dieser Koalition in Bonn bleiben wird, daß die Gruppe der Linken innerhalb der SPD — auch mit Zuspruch aus der FDP — den Kurs bestimmt.

„Wir werden weiter, wie daß auch bisher unsere Politik war, in den entschei-

denden Sachfragen unsere eigenen Akzente setzen. Ich verweise auf die jetzt fällige abschließende Diskussion zur Steuergesetzgebung, die bisher unterblieb, weil offensichtlich die Koalition sich vor der Hessen-Wahl nicht einigen konnte. Ich verweise auf das wichtige Thema der Behandlung des Radikalen-Erlasses, das uns in den nächsten Wochen und Monaten eingehend beschäftigen wird.“

Der Bundesvorstand war auch im Blick auf den Bundesparteitag in Ludwigshafen der Auffassung, daß es jetzt und gerade nach dem Wahltag in Hessen wichtiger denn je ist, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands in den einzelnen Sachfragen ganz besonders ihr Gewicht als eine freiheitlich-liberale Kraft deutlich macht. Das gilt vor allem für jene Felder, die in den nächsten Monaten in der Sachpolitik unmittelbar angesprochen werden müssen, für die Steuer- und Wirtschaftspolitik, für die Familienpolitik, für Fragen der Jugend- und Bildungspolitik, für das wichtige Thema der zunehmenden Bedrückung durch die Bürokratisierung des Bürgers und die notwendigen Fragen der Energiepolitik und des Umweltschutzes.

Neuer Vorsitzender von Arbeitskreis I

Benno Erhard, Rechtsanwalt und Notar, CDU-MdB aus Bad Schwalbach, wurde zum neuen Vorsitzenden des Arbeitskreises I — Innen- und Rechtspolitik — der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Er löst Heinz Eyrich ab, der zum neuen Justizminister in Baden-Württemberg ernannt wurde, und nach nun neunjähriger Mitgliedschaft aus dem Deutschen Bundestag ausgeschieden ist.

■ INFORMATION

Europa-Wahlen stärken EG

Der Vorstand der Europa-Sektion der Frauen der CDU/CSU sieht in dem neu zu wählenden Europäischen Parlament die Chance, die Rolle der Europäischen Gemeinschaft in der Welt zu stärken, erklärte der Vorstand der Frauen-Sektion nach einer Sitzung in Bonn. Die Unions-Politikerinnen halten es zudem für unerlässlich, daß sowohl die nationalen Regierungen als auch die Europäische Gemeinschaft stärkeren Einfluß nehmen auf die internationale Friedenssicherung. Der Vorstand der Europa-Sektion der Frauen der CDU/CSU befaßte sich weiter mit Vorbereitungen für den Wahlkampf zu den europäischen Direktwahlen 1979. Die Politikerinnen erörterten Aufgabenbereiche, in denen die Europa-Sektion aktiv für die Europa-Wahlen tätig werden könne.

Union warnt vor Zahlen aus Moskau

Gegen falsche Angaben der Sowjetunion über die gegenwärtigen Truppenstärken in Europa hat sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Alois Mertes in einem Brief an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gewandt. Er forderte Genscher auf, die sowjetische Seite auf die schädliche Wirkung solcher Angaben für die Wiener Truppenreduzierungsverhandlungen (MBFR) hinzuweisen. Anlaß des Briefes war nach Angaben von Mertes eine wahrheitswidrige Darstellung in der sowjetischen Zeitschrift „Nowoje Wremja“. Darin wurde behauptet, der Westen berechne das östliche Militärpotential zu hoch und das westliche zu niedrig.

In der jetzigen Verhandlungssituation in Wien sind nach Ansicht von Mertes Fortschritte nur dann möglich, wenn die Diskrepanz zwischen den östlichen und den westlichen Zahlen bei der Feststellung der gegenseitigen Truppenstärken zweifelsfrei geklärt werde. Der Westen gehe immer noch davon aus, daß der Osten in Zentraleuropa über 150 000 Soldaten mehr verfüge, als die Sowjetunion zugebe. Gleichzeitig kritisierte Mertes „mißverständliche Äußerungen westlicher Politiker“, beispielsweise des SPD-Abgeordneten Alfons Pawelczyk, die von den Sowjets als Kronzeugen-Aussagen für ihre Zwecke ausgenutzt würden.

Kommunale Alternative der Union

Die Haltung der Union zum kommunalen Finanzausgleich beim Steuerpaket hat der kommunalpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, MdB Horst Waffenschmidt, in vier Punkten zusammengefaßt.

1. Nachdem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein klares Ausgleichskonzept für die Gemeinden vorgelegt hat, sind Bundesregierung und Koalition nunmehr erneut aufgefordert, endlich eindeutige und für die Gemeinden annehmbare Steuerausgleichsvorschläge vorzulegen, damit die Gemeinden wissen, womit sie rechnen können.
2. Mit ihrem Ausgleichskonzept von rund sechs Milliarden Mark für die Gemeinden über eine Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 14 auf 16 Prozent und eine Senkung der Gewerbesteuerumlage der Gemeinden an Bund und Länder um rund 50 Prozent hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bewiesen, daß ein Ausgleichskonzept möglich ist, das finanzierbar ist

und den eigenverantwortlichen Finanzeinsatz der Gemeinden ermöglicht.

3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Pläne für neue verwaltungsaufwendige Ausgleichsverfahren über Zuweisungen an die Länder zur Weiterleitung an die Gemeinden aufzugeben und den Gemeinden für verlorene Steuermittel als echten Ersatz auch wieder Steuerbeteiligung zu geben, damit die Gemeinden ihre Aufgaben für die Bürger im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung erfüllen können.

4. Die Union hat bewiesen, daß eine echte Koordination der Maßnahmen für die Arbeitnehmer und Betriebe und für Familien und Gemeinden im Rahmen einer Gesamtkonzeption möglich ist.

Millionenspritze für Lehrlinge

„Die Zukunftshoffnungen des jungen Menschen, aber auch sein künftiges Verhalten zu Staat und Gesellschaft werden ganz entscheidend beeinflusst von seiner Startchance im Beruf. Auch die Sicherung der Arbeitsplätze in der nächsten Generation hängt davon ab, inwieweit wir heute das Ausbildungsproblem zu lösen imstande sind“, erklärte der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Heinrich Holkenbrink (CDU) zur Ausbildungsplatzsituation im Lande Rheinland-Pfalz. Die Landesregierung will jetzt in einem Sonderprogramm 17,5 Mill. DM bereitstellen, um den Mangel an Ausbildungsplätzen zu beheben. So waren nach einer bei den Kammern in Rheinland-Pfalz durchgeführten Umfrage bis Ende August bereits mehr neue Ausbildungsverträge eingegangen als zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Betriebe haben damit ihr Engagement im Jahre 1978 nochmals erheblich gesteigert. Bereits 1977 war die Zahl der neu abgeschlos-

senen Ausbildungsverhältnisse in Rheinland-Pfalz gegenüber 1976 um 24,7 Prozent auf rund 35 500 erhöht worden.

Christlich-Soziale erfolgreich

Anerkennend äußerte sich der CDA-Vorsitzende, Norbert Blüm, über den kürzlichen Kongreß der Gewerkschaft Textil — Bekleidung. Diesen Gewerkschaftstag wertete Blüm als einen Beweis für die Funktionsfähigkeit der Einheitsgewerkschaftsidee. Die Christlich-Sozialen dieser Gewerkschaft konnten ihre Position in den Führungsgremien ausbauen. Neben dem stellvertretenden Vorsitzenden, Walter Schongen, gehört nunmehr mit Hermann Paschen ein zweites CDU/CDA-Mitglied dem geschäftsführenden Hauptvorstand an. Auch unter den ehrenamtlichen Mitgliedern der Führungsgremien sind nunmehr Christlich-Soziale als vor dem Gewerkschaftstag vertreten. Auch in den sachpolitischen Entscheidungen des Kongresses zeigt sich der Vorteil der im Geiste der Toleranz praktizierten Zusammenarbeit zwischen den in den Einheitsgewerkschaften zusammengeführten großen gesellschaftspolitischen Richtungen.

Eine halbe Million ausländischer Schüler

434 500 ausländische Schüler besuchten im Schuljahr 1977/78 die allgemeinbildenden Schulen in der Bundesrepublik. Die Schüler an beruflichen Schulen sind dabei nicht mitgerechnet: dies waren im letzten Jahr etwa 60 000. Gegenüber dem Schuljahr 1976/77 stieg die Zahl der Ausländer an den allgemeinbildenden Schulen um 30 000, gegenüber dem Schuljahr 1965/66 hat sie sich verzweifacht.

■ BONN/MOSKAU

Deshalb warnen wir vor faulen Kompromissen

Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt es, daß die Bundesregierung den schweren verfassungs- und außenpolitischen Bedenken der Opposition gegen ein Vertragsgesetz zum deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommen vom 6. Mai 1978 Rechnung trägt und ihre Absicht fallen gelassen hat, das Abkommen nachträglich in einen zustimmungspflichtigen Text umzuwandeln, um es auf diese Weise politisch zu überhöhen. In der Bundestagsdebatte antwortete Richard von Weizsäcker dem Bundeskanzler:

Wir haben dem Abkommen als einer nützlichen Rahmenabsprache grundsätzlich zugestimmt. Die beiden Vorsitzenden der Unionsparteien, Helmut Kohl und Franz Josef Strauß, haben dies explizit getan, und es hat keinen Sinn, Herr Bundeskanzler, daran immer wieder vorbeigehen zu wollen. Ich kann, Herr Bundeskanzler, weil Sie nun davon gesprochen haben, inwiefern es sich hier doch nicht um einen üblichen, sondern um einen besonderen Vorgang handelt, nicht umhin, im Namen meiner Fraktion noch einmal klarzustellen, daß wir — genau um der korrekten Beziehungen und um der möglichen Verbesserung der Beziehungen zu der Sowjetunion willen — unseren Bündnispartnern gegenüber erklären: Wir behandeln dieses Abkommen seinem inneren Gewicht gemäß, und

zwar so, daß keine Zweifel darüber entstehen, ob wir innerhalb der NATO in eine Sonderrolle gegenüber der Sowjetunion eintreten wollen.

Ich möchte einige der Punkte erwähnen, die Anlaß zu faulen Kompromissen zwischen einer Regierung und Teilen der sie tragenden Fraktionen bieten können, die offenbar in eine andere Richtung marschieren wollen. Es war unmittelbar nachdem Breschnew Bonn wieder verlassen hatte, als der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner öffentlich erklärte, er bedauere ausdrücklich, daß der Regierende Bürgermeister Berlins nunmehr dran sei, Bundesratspräsident zu werden. Damit hat er die Sowjetunion doch förmlich eingeladen, sich bei bevorstehenden Protesten auf die wichtigste Stütze der Bundesregierung, nämlich auf den SPD-Fraktionsvorsitzenden, zu berufen.

Dann kam der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Koschnick und erklärte am 7. Juli in Bremen, die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur politischen Union sei nicht mehr erstrebenswert, und zwar wegen der Ost-West-Beziehungen. Wen wundert es denn, wenn uns in den Gesprächen mit amerikanischen Politikern und Diplomaten die Frage vorgelegt wird, was es denn bedeute, daß in der Führung der Sozialdemokratischen Partei nun sowjetische Warnungen vor einem politischen Zusammenschluß in Europa

offenbar mehr Gewicht beigelegt wird, als das Ziel der Stärkung des freien Europas, zu dem wir doch gemeinsam antreten und beitragen wollen.

Dann kommt der nächste Punkt, das ungeheuer wichtige Thema der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Mit Recht betont die Bundesregierung, wie wichtig es ist, auf die Entwicklung in der sogenannten Grauzone zu achten. Diese euro-strategische Ebene wird nun von dem dafür zuständigen Sprecher der SPD-Fraktion, nämlich dem SPD-Abgeordneten Pawelczyk, als etwas bezeichnet, von dem man lieber überhaupt nicht sprechen sollte. Wenn unsere Bundesregierung im Gespräch mit unserem wichtigsten Bündnispartner von der Klärungsbedürftigkeit dieser Frage spricht, dann wäre es für unsere Bündnispartner eine Beruhigung, wenn nicht gleichzeitig der für Rüstungskontrollfragen zuständige Abgeordnete der SPD-Fraktion öffentlich erklärt, lieber doch gar nicht von den euro-strategischen Waffen zu reden.

Dann geht es weiter. Da hat der Staatssekretär im Auswärtigen Amt einen beachtlichen Artikel zum Thema Abrüstung und Rüstungskontrolle geschrieben. Er hat davon gesprochen, dies sei kein Gebiet für Alleingänge von uns. Diesen Artikel hat die deutsche Öffentlichkeit als eine notwendige und von der Spitze des Hauses autorisierte Klarstellung gegenüber gewissen Bestrebungen aus den Reihen der SPD-Fraktion verstanden.

Neulich hat sich der Abgeordnete Pawelczyk in einem Interview der Frage gegenüber gesehen, ob denn das, was der Staatssekretär von Well hier zu seinen — Pawelczyks — Dingen gesagt hat, wirklich Herrn Pawelczyk betreffe. Daraufhin hat Herr Pawelczyk gesagt:

Wenn dieser Artikel mich meint, dann hätte diese Darstellung — immerhin durch den ersten Beamten im Auswärtigen Amt — ich zitiere wörtlich: „natürlich keine Bedeutung für die Politik meiner Partei und meiner Fraktion“.

Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler, was eigentlich unsere Bündnispartner zu einer Situation bei uns sagen sollen, in der der für Abrüstungsfragen zuständige Kollege der Regierungsfraktion erklärt, natürlich habe für seine Partei und Fraktion keine Bedeutung, was der erste Beamte des auswärtigen Dienstes mit der Autorisierung seines Chefs hier öffentlich kundtut.

In einem Monat, wo unsere Alliierten, insonderheit amerikanische Soldaten, mit großem persönlichen Einsatz das üben, was wir von ihnen fordern, nämlich Vorne-Verteidigung, stellt der parlamentarische Staatssekretär unseres Verteidigungsministeriums öffentlich die Frage, ob nicht diese Manöver vielleicht der Entspannung schaden könnten.

Es ist die Häufung dieser Fragen, die nun auch noch die Sorge bei unseren Bündnispartnern ausgelöst hat, ob denn nun eine bestimmte Sonderbehandlung des Wirtschaftsabkommens auch irgendwo auf Druck oder auf Vorschlag der von mir zitierten Kräfte Ihrer eigenen Fraktion zustande gekommen sei, also von Kräften, die im Laufe der letzten sechs Monate immer wieder der deutschen Position besondere Schwierigkeiten bereitet haben.

Die Ratifizierung wäre der falsche Weg gewesen, nicht nur verfassungsrechtlich, sondern vor allem in bezug auf die politische Wirkung. Es sollte nicht auf einem Umweg über eine Resolutionsüberladung nun eine Art Ersatzratifizierung auf den Tisch gelegt werden.

■ BUNDESPRESSEAMT

Dieser aufgeblähte Etat ist eine heimliche Wahlkampfkasse

Der von der Bundesregierung vorgelegte Etat des Bundespresse- und Informationsamtes ist auf heftige Kritik der Opposition gestoßen. MdB Jürgen Wohlrabe, Sprecher der Bundestagsfraktion in Fragen der Öffentlichkeitsarbeit kritisierte vor allen Dingen, daß die von der Regierung vorgelegte Konzeption in keiner Weise dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und den Beschlüssen des Haushaltsausschusses vom 26. Mai 1977 entspreche. Jürgen Wohlrabe hielt der Regierung vor, mit dem um drei Millionen Mark erhöhten Etat bereits eine vorgezogene Wahlkampfkasse für die Bundestagswahl 1980 anzulegen.

Die Beratungen waren die zweiten nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung vom 2. März 1977. Darin war der Bundesregierung vorgeworfen worden, im Bundestagswahlkampf 1976 „die Chancengleichheit der Parteien und das Neutralitätsgebot“ verletzt zu haben, in dem sie durch Anzeigenserien, Faltblätter und sonstige Publikationen „werbend und parteiergreifend“ in den Wahlkampf eingegriffen habe. In Konsequenz dieses Urteils forderte der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, die Bundesregierung am 26. Mai 1977 auf, ab 1978

- eine gemeinsame Bewirtschaftung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit vorzunehmen,
- die Öffentlichkeitsarbeit beim Bundespresseamt zu koordinieren,
- die Vertriebswege zu vereinheitlichen und
- dementsprechend die Personalausstattung im Öffentlichkeitsbereich zu überprüfen.

Die Bundesregierung hat im Bereich ihrer Öffentlichkeitsarbeit weder die gemeinsame Bewirtschaftung noch die Vereinheitlichung der Vertriebswege, noch die Überprüfung der Personalausstattung vorgenommen. Die in der Konzeption dargelegte Koordination ist ungenügend. Insofern sind es lediglich kosmetische Operationen, die die Bundesregierung bisher in Konsequenz des Karlsruher Urteils vorgenommen hat.

Nach Auffassung der CDU/CSU kann es nicht Sinn des Spruchs des Verfassungsgerichts sein, daß für die Öffentlichkeitsarbeit immer mehr Geld ausgegeben wird. Dies jedoch geschieht: Die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit „Inland“ wurden mit den Stimmen der Vertreter der Regierungskoalition um eine Mill. DM auf 14,905 Mill. DM erhöht. Die CDU/CSU befürchtet, daß hier eine vorgezogene Wahlkampfkasse angelegt wird und hat beantragt, die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit „Inland“ auf 10 Mill. DM herabzusetzen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Gleichzeitig beabsichtigte die Bundesregierung, im kommenden Jahr 2,5 Mill. DM für einen neuen Titel „3 Jahrzehnte Bundesrepublik Deutschland“ einzustellen. Die Mitglieder des Haushaltsausschusses haben dies für überflüssig gehalten und diese zusätzlichen Mittel einvernehmlich gestrichen.

Der sogenannte Reptilienfonds, dieses Mal mit der neuen Titelbezeichnung „Außerordentliche Ausgaben“, ist mit 4,284 Mill. DM weit überhöht. Auch hier wurde der Kürzungsantrag der CDU/CSU abgelehnt.

Verschleierungsliste statt klares Konzept

Auch im Haushaltsjahr 1978 hat die Bundesregierung wiederum eine Reihe von Sondermaßnahmen aus dem engen Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ausgliedert. Diese Verschleierungsliste umfaßt Ausgaben in beträchtlicher Höhe. Die Bundesregierung versucht auf diese Weise offenbar, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu unterlaufen.

Im Landtagswahlkampf in Niedersachsen im vergangenen Juni hat die SPD — dies ist durch Zeugen belegt — wiederum offizielles Informationsmaterial der Bundesregierung für Wahlkampfzwecke verwendet. Damit wurde das Urteil des Bundesverfassungsgerichts erneut verletzt.

Mit Sorge verfolgt die CDU/CSU die Veränderungen im Personalbereich des Presse- und Informationsamtes. Im Inlandsbereich wurden und werden Beförderungen in der Regel nur für Mitglieder der SPD ausgesprochen; langgediente Fachbeamte werden immer weniger berücksichtigt. Außerdem wurde ein neues Referat III B 5 für „Sonder-

aufgaben“ geschaffen. Hier besteht der Verdacht, daß im Hinblick auf 1980 bereits jetzt ein neues Wahlkampferferat aufgebaut werden soll.

Ein bezeichnendes Licht auf die Personalpolitik im Bundespresseamt wirft auch der Fall des in den einstweiligen Ruhestand versetzten Ministerialdirektors Dr. Werner Müller. Der Abteilungsleiter „Inland“ im Bundespresseamt wurde offenbar von Bundeskanzler Schmidt und Staatssekretär Bölling für schuldig befunden, ungünstige Umfrageergebnisse ohne Genehmigung an die Presse weitergegeben zu haben. Dr. Müller wurde auf diese Weise zu einem für den Steuerzahler teuren „Rentner“; er erhält Versorgungsbezüge in Höhe von 75 % der Besoldungsgruppe B 9; dies sind pro Monat 6 413 DM brutto.

Die Ausgaben für politische Öffentlichkeitsarbeit im Ausland sollen von 75 Mill. DM 1978 auf im kommenden Jahr 77 Mill. DM steigen. Besonders wichtig sind in diesem Bereich die Mittel für „Film und Fernsehen“ sowie die Besucherbetreuung. Die CDU/CSU begrüßt, daß die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit im Ausland endlich aufgeschlüsselt und somit transparent gemacht wurden.

Keine Konsequenzen gezogen

Die von der Bundesregierung vorgelegte Konzeption ihrer Öffentlichkeitsarbeit stellt nach Auffassung der CDU/CSU den Versuch dar, die Debatte über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu begraben, ohne einschneidende Konsequenzen gezogen zu haben. Dies wird die CDU/CSU nicht zulassen.

■ KOALITION

Berlin für die SPD ein „Abstellgleis“

Wie hoch die SPD den Stellenwert Berlins einschätzt, wird daran deutlich, daß das SPD-Organ „Vorwärts“ die Benennung Richard von Weizsäckers zum Spitzenkandidaten der Berliner CDU für die nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus mit der Bemerkung kommentiert, Weizsäcker sei nunmehr „aufs Abstellgleis“ geschoben worden. Berlin ist für die SPD heute also gerade noch nützlich als Ort der Verbannung für unbequeme Bundespolitiker, ein Provinzladen.

Telefonbenutzer sollen Bundeshaushalt sanieren

Zu der Absicht der Bundesregierung, eine weitere Milliarde DM von der Deutschen Bundespost zur Deckung des Bundeshaushalts abzuführen, erklärte der Vorsitzende des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion, Werner Dollinger: Erst sind die Telefongebühren in unverantwortlicher Weise erhöht worden, dann werden die Ortsgespräche durch den Zeittakt begrenzt, um noch mehr Gebühren kassieren zu können, und nun sollen die Milliarden-Monopol-Gewinne der Post aus den Kassen der Bundesbürger dazu dienen, daß die Bundesregierung die verfassungsmäßige Obergrenze der Verschuldung formal noch weiter hinausschieben kann. Ob dahinter System oder Unvermögen stecken, ist hier die Frage.

Die Deutsche Bundespost hatte 1977 einen Gewinn von rund 5,8 Milliarden

DM (1,89 Milliarden DM ausgewiesener Gewinn; 1,8 Milliarden DM Rücklagen; rund zwei Milliarden DM Ablieferung an den Bundeshaushalt. Neben der einen Milliarde DM zusätzlicher Ablieferung an den Bundeshaushalt kann der Bundespostminister bekanntlich plötzlich auch die monatliche Telefongrundgebühr um 5,— DM senken, was aufs Jahr gerechnet weitere Kassenschmälerung um rund 950 Mio. DM bedeutet. Wenn der Bundespostminister in so kurzer Zeit gleich auf rund zwei Milliarden DM verzichten kann, so zeigt dies: Entweder kann er nicht mehr rechnen oder seine Begründungen für die enormen Gebührenerhöhungen waren falsch. Der Zeittakt wäre also aus finanziellen Gründen gar nicht notwendig. Das bedeutet, daß Gscheidle auf dem Wege über erhöhte Gebühren eine neue indirekte Besteuerung der Telefonkunden einführen will.

Fragen an Riemer in Sachen Poullain

In einer Erklärung zur Sitzung des Poullain-Untersuchungsausschusses im Landtag Nordrhein-Westfalen bezeichnet es die CDU Westfalen-Lippe als bemerkenswert, daß der Ex-Bankier Ludwig Poullain die Unhaltbarkeit seines Beratervertrages mit dem Makler Schmidt eingestanden habe. Ebenso deutlich sei allerdings auch geworden, daß die fristlose Kündigung von Poullain auf vorgeschobenen Gründen beruhe. Offensichtlich sei die Landesregierung in der Wahl ihrer Mittel zu weit gegangen, was erneut beweise, daß diese Regierung unfähig sei, Probleme zufriedenstellend zu lösen. Mit besonderem Interesse verfolge die CDU zudem das Taktieren von FDP-Wirtschaftsminister Riemer. Riemer sei das

einzigste noch amtierende Regierungsmitglied, das in die Affäre verstrickt sei. Er habe es bisher verstanden, sich geschickt aus dem Schußfeld herauszuhalten. Er werde sich noch einige sehr ernste Fragen gefallen lassen müssen.

Perfekter Mißbrauch von Steuergeldern

Zu einer Meldung der „Bild“-Zeitung, nach der Bundesverteidigungsminister Apel beabsichtigt, die Zeitschrift „Bundeswehr aktuell“ zu einer Tageszeitung zu machen, erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch: Sollte sich der Bundesminister der Verteidigung tatsächlich für eine eigene Tageszeitung stark machen, wäre das der perfekte Mißbrauch von Steuergeldern, wie er nach der SPD/FDP-Praxis im Bundestagswahlkampf 1976 vom Bundesverfassungsgericht schon einmal für verfassungswidrig erklärt worden ist.

Parteipropaganda vom Bundespresseamt

Das Bundespresseamt weist neuerdings die Pressereferenten der Bundesministerien sogar auf Pressekonferenzen der Jungsozialisten hin. Hier ein Beispiel vom 3. Oktober 1978: „Hinweis für interessierte Ressorts. Hiermit möchte sie der Bundesverband der Jungsozialisten für Donnerstag, den 5. Oktober 1978, 11.00 Uhr, zu einer Pressekonferenz in das Restaurant am Tulpenfeld einladen. Anlaß ist die Veröffentlichung von Dr. Fritz Vahrenholt — Seveso ist überall — (Vorabdruck im Stern) ...“

Wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung aussagt, haben die SPD-Mitglieder an den Schalthebeln

der Bonner Regierungszentrale den Überblick über das Maß aller Dinge verloren.

Finanzhilfe für die DDR von der Bundesregierung

Schon bei der letzten Überweisung der Transitpauschale hat Bonn 10 % mehr gezahlt, als Ostberlin nach den geltenden Verträgen zusteht. Bei den jüngsten Verkehrsverhandlungen hat die Bundesregierung nun sogar eine Pauschale akzeptiert, die um mehr als 40 % über dem derzeitigen Verkehrsaufkommen liegt. Und das nicht wie bisher für fünf bzw. zwei Jahre, sondern gleich für ein Jahrzehnt. Damit kann die DDR in den 80er Jahren mit einer Einnahme von insgesamt fünf Mrd. DM rechnen. Mit der Transitpauschale werden seit dem Berlin-Abkommen von der Bundesregierung die vordem von den einzelnen Reisenden und dem Güterfernverkehr individuell erhobenen Gebühren für das Visum und die Benutzung der Interzonenstrecken abgegolten.

Dilettantische Entwicklungspolitik

Die Leitlinien der Bundesregierung für einen Schuldenerlaß bei Entwicklungshilfekrediten sind nach Ansicht des entwicklungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Todenhöfer, unseriös. Für die bisher immer angekündigte von Fall-zu-Fall-Prüfung würden in den Leitlinien keinerlei konkrete wirtschaftliche Kriterien genannt. Dies verstöße gegen die Anforderungen der Bundeshaushaltsordnung. Die Mittel, die für den Schuldenerlaß benötigt würden, stünden nun nicht mehr für neue Entwicklungshilfeprojekte zur Verfügung.

■ VERFASSUNGSFEINDE

Extremisten gehören nicht in den öffentlichen Dienst

Die CDU/CSU-Fraktion beobachtet mit großer Sorge, daß der Senat in Hamburg den öffentlichen Dienst für Verfassungsfeinde, vor allen Dingen für kommunistische Lehrer öffnen will, heißt es in einer Fraktionsentschließung zum sogenannten Radikalerlaß. Nachfolgend der Wortlaut:

Die bei allen Meinungsverschiedenheiten zwischen den demokratischen Parteien bis heute bestehende prinzipielle Übereinstimmung, daß Verfassungsfeinde nicht in den öffentlichen Dienst gelangen dürfen, wird vom Hamburger SPD-Bürgermeister gebrochen. Die überwältigende Mehrheit unserer Mitbürger will nicht, daß Kommunisten oder Faschisten Lehrer ihrer Kinder sein dürfen. Darüber setzt sich der Senat in Hamburg hinweg.

Die Warnungen und Erfahrungen des früheren Hamburger Bürgermeisters Weichmann, der Nazis und Kommunisten gleichermaßen Widerstand leistete, werden in den Wind geschlagen. Für jeden Einsichtigen ist klar: Organisierte Kommunisten haben nicht nur irgendeine Gesinnung, die in diesem Lande jedem freisteht. Sie sind dienstverpflichtet auf die Revolution mit dem Ziel der Diktatur des Proletariats. Niemand kann dieser Verpflichtung genügen und zugleich als Beamter, Lehrer oder Richter unser Grundgesetz achten und hüten. Wer diese Einsicht mißachtet, macht

sich zum Steigbügelhalter für Kommunisten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, sicherzustellen, daß die folgenden Grundsätze über die Fernhaltung von Verfassungsfeinden vom öffentlichen Dienst in Bund und Ländern, insbesondere in der Freien und Hansestadt Hamburg, eingehalten werden. Diese Grundsätze entsprechen dem geltenden Recht im Grundgesetz und anderen Gesetzen, wie das Bundesverfassungsgericht es bestätigt hat, und der Vereinbarung der Regierungschefs von Bund und Ländern vom Januar 1972 über die gleichmäßige Anwendung dieses geltenden Rechts.

1. Beamter darf nur werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes eintritt. Beamte sind verpflichtet, sich aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung dieser Grundordnung einzusetzen.
2. Für das Verfahren gelten die rechtsstaatlichen Garantien. Jeder Einzelfall muß für sich geprüft und entschieden werden.
3. Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird. (Beschluß der

Ministerpräsidenten der Länder und des Bundeskanzlers vom Januar 1972.) Frühere extremistische Tätigkeiten eines Bewerbers lösen keine Zweifel an seiner Verfassungstreue aus, wenn er sich von ihnen getrennt hat und nun treu zur Verfassung steht.

4. Bei Beamten gibt es keine Unterschiede der Ansprüche an die Gewähr der Verfassungstreue nach Funktionen, Laufbahnen oder nach ihrem dienstlichen oder außerdienstlichen Verhalten. Die gleichen Anforderungen wie an Beamte sind insbesondere auch an angestellte Lehrer zu stellen. Das allein entspricht dem geltenden, vom Bundesverfassungsgericht und anderen hohen Gerichten so bestätigten Recht.

5. Die Verfassungsschutzbehörden sind zu beteiligen, bevor ein Bewerber in den öffentlichen Dienst eingestellt wird. Nur gerichtsverwertbare Erkenntnisse des Verfassungsschutzes werden an die Einstellungsbehörden weitergeleitet. Dabei werden solche Erkenntnisse ausgesondert, die für die Beurteilung der Verfassungstreue ohne Bedeutung sind. Die Verfassungsschutzbehörden sammeln Erkenntnisse nur aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages, nicht gezielt auf mögliche Bewerbungen für den öffentlichen Dienst.

Dazu schreibt die Presse

Der Hamburger Bürgermeister Klose wie der frühere Frankfurter Oberbürgermeister Arndt oder auch der seit langem mit der Abschaffung des sogenannten Radikalenerlasses liebäugelnde SPD-Vorsitzende Brandt sind schlechte Psychologen, wenn sie ausgerechnet im Sicherheitsbereich Experimente vorschlagen, die auch sozialdemokratische Wähler tief beunruhigen müssen.

Die empörten Reaktionen des früheren Verteidigungsministers Leber und des früheren sozialdemokratischen Hamburger Bürgermeisters Weichmann zeigen an, wie die politische Wirkung überzogener Liberalitäts-Parolen negativ auf die eigene Parteibasis wirken.

Frankfurter Neue Presse, 5. 10. 1978

Vor mehr als zwei Jahren meinte der damalige FDP-Innenminister Maihofer, Inbegriff eines ebenso weltfremden wie inbrünstigen Liberalismus, entwaffnend, er könne sich durchaus einen Bewerber vorstellen, der als DKP-Mitglied unseren Staat und seine Verfassung als einen „hohen positiven Wert erkennt und anerkennt“. Maihofer muß sich einen Dorftrötel vorgestellt haben. Denn geistige Zurechnungsfähigkeit vorausgesetzt, wird niemand glauben, er könne seine Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Gruppierung mit dem Bekenntnis zur Verfassung vereinbaren.

Münchener Merkur, 5. Oktober 1978

Wenn Herr Klose seine Ankündigung wahr macht, verstößt er eindeutig gegen Verfassung und Beamtenengesetze. Ich habe den Eindruck, daß maßgebliche Politiker der SPD immer mehr vom Gedanken einer wehrhaften Demokratie abrücken. Der Abgeordnete Penner, Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes, lehnt die aktive Verfassungstreue als Voraussetzung für die Eignung zum Beamten ab. Eindeutig, daß in der SPD wichtige Grundsätze unserer Verfassung nicht mehr so wie früher akzeptiert werden. Ich frage mich, wie ernst unsere Politiker in den Staatsämtern ihren Amtseid noch nehmen.

Bild-Interview mit dem Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Alfred Krause, 5. Oktober 1978

■ BUNDESBAUGESETZ

Bürokratische Hemmnisse müssen beseitigt werden

Die Erwartungen und Versprechungen, die an die Novelle zum Bundesbaugesetz 1976 geknüpft wurden, sind nicht erfüllt worden. In unzähligen Eingaben wird immer wieder Klage darüber geführt, wie schwer, ja wie unmöglich es geworden ist, eine Baugenehmigung zu bekommen. Die Bürger, die sich mit Hinweis auf die damaligen Erklärungen im Bundestag und auf die Zielsetzungen der Novelle um Baugenehmigungen bemühen, müssen sich getäuscht, vielleicht sogar hintergangen fühlen. Deshalb legte die CDU/CSU-Fraktion einen eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesbaugesetzes vor.

Durch diese Änderung soll das Bauen im Innen- und Außenbereich dort erleichtert werden, wo es mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung zu vereinbaren ist. Bei der ersten Lesung im Bundestag erklärte der MdB Franz Möller: Kernstück der vorgelegten Novelle ist die Ergänzung des § 34 mit der Ermächtigung an die Gemeinden, Gebiete mit besonderer herkömmlicher Siedlungsstruktur durch Satzung zum Innenbereich zu erklären, um dadurch Baulücken zu schließen.

Weiterhin soll in § 35 der Katalog der zulässigen, nicht-privilegierten Bauvorhaben im Außenbereich ausgedehnt werden, um insbesondere den Familien

mit mehreren Kindern die Möglichkeit des Ausbaus und Erweiterung ihrer Wohnungen zu geben. Die jetzige Regelung läßt nur Modernisierungen, nicht aber Erweiterungen zu. Wir wollen im Interesse unserer Familien mit mehreren Kindern eine familienfreundliche Lösung.

Für gewerbliche Betriebe, die schon über viele Jahrzehnte der Landwirtschaft dienen, soll die Möglichkeit eingeräumt werden, ihren Betrieb zu erweitern und zu realisieren, ohne gezwungen zu sein, den Betrieb an einen anderen Ort zu verlegen.

Der Begriff der Verfestigung einer Splittersiedlung soll gestrichen werden, weil dadurch weitgehend verhindert worden ist, Baulücken auf dem Lande zu schließen. Die Klagen über den Bürokratismus auf dem Bausektor liegen nicht allein in der langen Dauer des Genehmigungsverfahrens begründet, sondern auch darin, daß vielen einfachen Bürgern, gerade auf dem Lande, nicht klarzumachen ist, warum sie in ihrer angestammten Heimat nicht bauen dürfen.

Zur ersten Beratung stand im Bundestag auch ein Gesetz zur Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes und des Zweiten Wohnungsbaugesetzes. Hierzu erklärte MdB Oscar Schneider, Vorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt

(Fortsetzung Seite 14)

Helmut Kohl — Bundestagsreden und Zeitdokumente

Mit einem Vorwort von Bundestagspräsidenten Karl Carstens hat Horst Teltchik einen Überblick über wichtige Reden und Vorträge Helmut Kohls in den Jahren 1972 bis Anfang 1978 vorgelegt. Sie spiegeln seinen politischen Weg vom Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz und Mitglied des Bundesrates zum Parteivorsitzenden der CDU und Kanzlerkandidaten der Union bis zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion und Oppositionsführer im Deutschen Bundestag.

„Politik aus christlicher Verantwortung“, schreibt Karl Carstens, „das bedeutet für Helmut Kohl vor allem Politik für den Menschen; Politik besonders auch für solche Menschen, alte, kranke, behinderte, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können und deren Interessen nicht durch organisierte Gruppen vertreten werden. Die Zukunftschancen der jungen Generation, ihre Bildung und Ausbildung, die Erhaltung und Stärkung der Familie liegen ihm besonders am Herzen. Radikalismus und Terrorismus finden in ihm einen entschlossenen Gegner, der solchen Entwicklungen sein Bekenntnis zur persönlichen Freiheit, zur Gerechtigkeit und zur sozialen Sicherheit in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, der Sozialen Marktwirtschaft, gegenüberstellt.“

(Verlag az Studio Bonn, Preis 28,— DM)

(Fortsetzung von Seite 13)

die mit der Gesetzesvorlage bezweckte Lockerung von Belegungs- und Mietpreisbindungen im sozialen Wohnungsbau. Sie bewirkt eine wünschenswerte Mobilisierung öffentlicher Mittel, verbreitert die Möglichkeiten zur Eigentumsbildung im Wohnungsbau gerade auch für Familien mit geringerem Einkommen und leistet einen willkommenen Beitrag zur Erhaltung der Lebensfähigkeit unserer Städte.

Es ist klarzustellen, daß niemand in der CDU/CSU einem Ausverkauf des Sozialwohnungsbestandes das Wort redet und daß Behauptungen dieser Art nichts als bössartige und verleumderische Unterstellungen sind. Wir brauchen, jedenfalls noch in absehbarer Zeit, einen Mindestbestand an Sozialwohnungen, um die Wohnungsver-sorgung in gefährdeten Gebieten aufrechtzuerhalten und insbesondere den sozial- bzw. einkommensschwächeren Familien angemessenes Wohnen zu zumutbaren Bedingungen zu gewährleisten.

Der soziale Wohnungsbau wird freilich heute in der Bevölkerung weitgehend — und nicht zu Unrecht — mit negativen Assoziationen verbunden, weil er vielfach nicht mehr dieses Etikett verdient. Seine strukturellen Fehlentwicklungen, Verkrustungen und Verfugungen — genannt seien nur die Stichworte Fehlsubventionierung, Mietpreisverzerrung, subventionsbedingter Mietanstieg — sind in der Tat ein Ärgernis, das endlich mit marktgerechten und marktkonformen Lösungen angegangen werden muß. Es hieße aber den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, wollte man versuchen, diese Fehlentwicklungen mit weiteren dirigistischen und bürokratischen Maßnahmen beseitigen.

Zur Sache:

Steuerpaket: Was bleibt übrig?

Die Bundesregierung spricht von Steuersenkungen. Wie aber ist die Wirklichkeit? Nahezu die Hälfte aller Arbeitnehmer (rd. 10,5 Mio.) sind Bezieher mittlerer Einkommen zwischen 24 000 DM und 48 000 DM im Jahr.

Diese Gruppe wird nicht nur von den Lohnsteuererleichterungen und der Mehrwertsteuererhöhung¹⁾ getroffen. Ab 1. 1. 1979 werden auch die Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung erhöht. Das Ergebnis ist weder arbeitnehmer- noch familienfreundlich.

Das bleibt Monat für Monat unterm Strich übrig:

— ab 1979 —

Verbleibende Entlastung monatlich in DM für:

Jahresbrutto- einkommen	unver- heiratete	verheiratete, Kinder			
		0	1	2	2 zzgl. Kinder- geld) ²⁾
24 000	+ 16,75	+ 6,34	+ 6,0	+ 5,5	+ 25,42
32 000 ³⁾	+ 15,07	+ 4,0	+ 3,67	+ 3,17	+ 23,07
36 000 ⁴⁾	+ 40,33	— 9,66	— 9,83	— 10,33	+ 9,59
48 000 ⁵⁾	+ 17,91	— 3,17	— 5,33	— 7,50	+ 12,42

+ mehr } gegenüber geltendem Recht
— weniger }

¹⁾ um 1 v. H. auf 13 v. H. bzw. 6,5 v. H. ab 1. 7. 1979

²⁾ plus 20,— DM Kindergeld mtl. ab 1. 1. 1980

³⁾ Für Unverheiratete fallen Spar- und Wohnungsbauprämien und Arbeitnehmersparzulagen weg.

⁴⁾ Für alle Arbeitnehmer Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung auf 3 000 DM mtl. (12,50—13,50 DM)

⁵⁾ Für alle Arbeitnehmer Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Renten- und Arbeitslosenversicherung auf 4 000 DM mtl. (plus 31,50 DM)



UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

- 13./14. 10. LV Rheinland-Pfalz
Landesparteitag, Trier
- 13./14. 10. Exil-CDU
Deutschlandpolitische
Regionaltagung, Cuxhaven
14. 10. LV Schleswig-Holstein, KPV
Landesversammlung, Plön
14. 10. LV Saar
Landesparteitag, Saarbrücken
16. 10. CDU — Bund
Präsidium, Bonn
16. 10. CDU — Bund
BFA: „Gesundheitspolitik“
Bonn
18. 10. KPV der CDU/CSU — Bund
Bundestagung: „Selbstverwaltung
in der Bewährung“, Bonn
20. 10. LV Saar
Landesvorstand, Saarbrücken
- 20./21. 10. LV Berlin
61. Landesparteitag, Berlin
22. 10. Exil-CDU
Hauptvorstandssitzung
Ludwigshafen
22. 10. EAK der CDU/CSU — Bund
Bundesvorstand, Ludwigshafen
22. 10. CDU — Bund
Präsidium, Ludwigshafen

22. 10. CDU — Bund
Bundesvorstand, Ludwigshafen
- 23./25. 10. CDU — Bund
26. Bundesparteitag
Ludwigshafen
- 27./29. 10. Exil-CDU
Deutschlandpolitische
Regionaltagung, Essen
28. 10. LV Schleswig-Holstein
Wirtschafts- und Mittelstands-
vereinigung
Kongreß, Neumünster
1. 11. LV Berlin
Landesvorstand, Berlin
3. 11. Union der Vertriebenen und
Flüchtlinge — Bund
Vorstandssitzung, Kiel
- 3./5. 11. Exil-CDU
Deutschlandpolitische
Regionaltagung
Bad Mergentheim
4. 11. Union der Vertriebenen und
Flüchtlinge — Bund
Überregionale Arbeitertagung
Lübeck
4. 11. LV Schleswig-Holstein
Justizpolitische Fachtagung
Kiel
4. 11. LV Schleswig-Holstein
Sozialausschüsse
Fachtagung mit Betriebs- und
Personalräten, Bad Oldesloe
6. 11. CDU — Bund
Präsidium, Bonn

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD